



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier** und **Fraktion (AfD)**

Sichere Städte statt sicherer Häfen I: Unterstützung für kriminelle Schleuser und Schlepper unverzüglich beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich auf allen relevanten Ebenen dafür einzusetzen, dass die Überstellung illegal nach Italien verbrachter Migranten nach Deutschland unverzüglich unterbunden wird
2. dafür Sorge zu tragen, dass sich Städte und Gemeinden, die sich zu sogenannten sicheren Häfen erklären und freiwillig mehr Wirtschaftsmigranten aufnehmen wollen, an geltendes Recht und Gesetz halten.

Begründung:

Die von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) angekündigte Aufnahme eines Viertels aller im Mittelmeer aus „Seenot“ aufgegriffenen „Bootsflüchtlinge“ durch Deutschland führt zu einem Anstieg der Migrationsströme. Kritisch zu sehen sind sowohl die Höhe als auch die fehlende zeitliche Befristung dieser Maßnahme. Durch diese Absprache auf europäischer Ebene werden auch alle diejenigen nach Deutschland gebracht, die nach der Rechtslage keinen Anspruch auf Asyl in Deutschland haben.

Die Zahlen der letzten Monate weisen darauf hin, dass sich wieder mehr Menschen ohne „Bleibeperspektive“ auf den Weg nach Europa und damit vorrangig nach Deutschland machen. Auch entlang der Balkanroute ist zu erkennen, dass der Migrationsdruck wieder ansteigt. Aufnahmeversprechen verleiten Menschen dazu, sich in Lebensgefahr zu begeben. Darüber hinaus verschärft sich durch die weiterhin unkontrollierte Zuwanderung die Situation auch in bayerischen Städten und Gemeinden. Durch die hohen Einwanderungszahlen ist die bayerische Identität in Gefahr, vor allem aber verschärft sich mit jedem weiteren Tag des fortgesetzten Rechtsbruchs die Sicherheitslage für Zugezogene und schon länger hier lebende Deutsche.

Aus diesem Grund ist es zu verurteilen, dass sich Städte und Gemeinden in Bayern dazu bekennen, mehr illegal nach Deutschland verbrachte Einwanderer auf Dauer aufnehmen zu wollen. Diese Aktionen untergraben den Rechtsstaat; außerdem setzen sie ein falsches Zeichen für Menschen in Afrika und anderswo. Diese Menschen werden durch derartige Ankündigungen und unregelmäßige Quotierungen dazu verleitet, ihre Heimatländer zu verlassen, wo sie dringend gebraucht werden. Die Kosten für die wohlfeilen Versprechungen werden dann allen Steuerzahlern aufgebürdet.

Moralisch zu verurteilen sind die sogenannten Nichtregierungsorganisationen und Kirchen, die sich durch den Betrieb von angeblichen Rettungsschiffen und durch die nachgewiesenen Absprachen mit den nordafrikanischen Schleppern als Vereine der organisierten Kriminalität zu erkennen geben. Es ist nicht vertretbar, dass die an der illegalen Schleppertätigkeit beteiligten Nichtregierungsorganisationen weiterhin den Status der Gemeinnützigkeit genießen. Im Sinne einer stringenten Rechtspolitik ist jede staatliche Zusammenarbeit mit allen kirchlichen und privaten Akteuren einzustellen, die sich durch ihre illegale Migrationshilfe an der Destabilisierung Deutschlands schuldig machen.